

Zum Besuch der Bundeskanzlerin in Polen Ein erster positiver Schritt

von
Stephan Raabe
Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
Warschau, 6. Dezember 2005

Der Besuch der Bundeskanzlerin ist in Polen in den Medien überwiegend positiv aufgenommen worden. Dafür stehen Schlagzeilen wie „**Merkel denkt an Polen**“ in der liberalen Gazeta Wyborcza, die das aktive Zugehen der neuen Bundesregierung auf Polen als gutes Zeichen werten. Allerdings wird auch vermerkt, dass es **kaum konkrete Ergebnisse** gab. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe wurde verabredet, die schwierige Probleme - wie die der Ostseepipeline - lösen helfen soll. Gesprächsbereitschaft von deutscher Seite, ein gewisses Entgegenkommen und eine tendenzielle Aufwertung Polens als Partner wird wahrgenommen. Wenn jedoch Premierminister Marcinkiewicz mit dem Wort von „einem neuen Kapitel in den deutsch-polnischen Beziehungen“ zitiert wird, so fragen Zeitungen wie linke Trybuna und die neue liberale Boulevard-Zeitung Nowy Dzien ungeduldig nach den konkreten Ergebnissen des Besuches: Polen wolle keinen warmen Worte mehr hören, sondern konkrete Zusagen. Insofern wird der Besuch allgemein als erster, vor allem atmosphärischer Schritt bewertet.

Auseinandersetzung mit Geschichte erneut notwendig

Den Kontext, in dem dieser Schritt getan wurde, beschreiben Überschriften wie: „**Endet die Feindschaft mit den Deutschen?**“ (Gazeta Wyborcza) oder Äußerungen, die auf die gute Atmosphäre „nach den beiden letzten kühlen Jahren“ hinweisen. Nun wird es auf die nächsten Schritte ankommen, wenn es zur Sache geht. Dabei muss der wiederholte öffentliche Hinweis auf die Notwendigkeit der „**Aufrichtigkeit im Umgang mit der Vergangenheit**“, auf die „**Wahrheit der Geschichte**“, ohne die man nicht über die Gegenwart sprechen könne, der deutschen Seite zu denken geben. Geht man davon aus, dass ernsthaft nicht von einem Mangel an Aufrichtigkeit im Umgang mit der eigenen Vergangenheit in Deutschland die Rede sein kann, dann ist zu fragen, wie sich so ein Eindruck bei den jetzt in Polen regierenden Konservativen einstellen und verfestigen konnte und auf welche Weise dieser faktisch falsche

Eindruck aufgehoben werden könnte. Im Wesentlichen ist er wohl durch das Projekt „Zentrum gegen Vertreibungen“ verursacht. In Verbindung damit steht die mangelnde historische Einordnung der **Vertreibung der Deutschen** im allgemeinen Bewusstsein in Polen sowie die unterschiedliche Bewertung dieses Geschehens zwischen Polen und Deutschen. Hatte man Mitte der 90er Jahre nach den Worten des polnischen Außenminister Bartoszewski im Deutschen Bundestag zur Vertreibung geglaubt, einen gemeinsamen Nenner gefunden zu haben, so zeigt sich heute, dass selbst der Begriff „Vertreibung“ wieder zu einem grundsätzlichen Problem geworden ist. Beim multinationalen Netzwerk Erinnerung durfte er nicht auftauchen. Statt Vertreibung müsse man von „Zwangsumsiedlung“ sprechen, sagte jetzt der polnische Ministerpräsident Macinkiewicz.

Auch die nicht unbegründete Wahrnehmung, dass das **leidvolle Schicksal der Polen** zwischen dem im Vordergrund stehenden Datum des Holocausts und den in jüngster Zeit stärker beachteten Kriegsfolgen für Deutschland selbst zu wenig in Deutschland bekannt ist und nicht entsprechend gewichtet wird, ist hier von Bedeutung. Bedenkt man zudem die **Ungleichzeitigkeit in der historischen Aufarbeitung**, die in Polen nach über 40 Jahren kommunistischer Indoktrination erst seit 16 Jahren in einer freiheitlich pluralen Gesellschaft zugleich mit belastenden Transformationsprozessen stattfinden kann, so wird die Bedeutung der Antwort Angela Merkels deutlich: „Die Wahrheit (sprich die Geschichte, Anm. des Verfassers) muss auf den Tisch. Erst sie ermöglicht vertrauensvolle Zusammenarbeit“. **Eine erneute vertiefende gemeinsame Auseinandersetzung mit der Geschichte ist notwendig.** Die in der Gazeta Wyborcza zitierte Aussage des SPD-Abgeordneten Markus Meckel, „die Deutschen wollen mit Polen zusammenarbeiten und nicht über die Vergangenheit diskutieren“, missachtet die geschilderten Zusammenhänge.

Gespräch mit Parteiführer Kaczyński abgesagt

Ein im Besuchsprogramm zunächst vorgesehenes Gespräch mit dem Vorsitzenden der polnischen Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), **Jaroslaw Kaczyński**, wurde kurzfristig von diesem abgesagt. Offenbar störte ihn, dass sich Frau Merkel auch mit dem Oppositionsführer Donald Tusk von der mit der CDU partnerschaftlich verbundenen „Bürgerplattform“ (PO) treffen wollte. Dieses diplomatisch sehr befremdliche Vorgehen seitens des eigentlich starken Mannes und strategischen Kopfes der Regierungspartei deutet darauf hin, dass jenseits der offiziellen pragmatisch freundlichen Atmosphäre, die beim Staatsbesuch herrschte, sich der Dialog nicht leicht gestalten dürfte. Die politischen Signale, die von der PiS ausgesendet werden, sind insofern widersprüchlich. In der polnischen Öffentlichkeit wur-

de diese irritierende Episode nicht beachtet; in einigen deutschen Pressebeiträgen fand sie Erwähnung (FAZ vom 5.12.05).

Treffen mit Donald Tusk

Das Treffen Merkels mit Tusk fand in freundschaftlicher Atmosphäre statt und wurde von beiden Parteien positiv bewertet. In den Medien wurde es kurz erwähnt. Im Gegensatz zu den bisherigen Antrittsbesuchen in Frankreich, Belgien und England nutzte Frau Merkel als Vorsitzende der CDU den Besuch in Polen auch zu einem Gespräch mit der Partnerpartei PO, worüber diese sich sehr erfreut zeigte, und beantwortete damit auch in gewisser Hinsicht die widersprüchlichen Botschaften seitens der Regierungspartei PiS.

Anlage: Presse-Echo auf den Besuch der Bundeskanzlerin in Polen

Medien-Echo: Besuch Bundeskanzlerin in Polen am 2. Dez. 2005

Der Besuch Bundeskanzlerin Merkels war am Freitagabend Hauptthema der Fernseh-Nachrichtensendungen („Fakty“ bei TVN um 19:00 Uhr, „Wiadomości“ bei TVP1 um 19.30 und „Panorama bei TVP2 um 22:00 Uhr). Berichterstattung vor allem zum Treffen mit PM Marcinkiewicz, Begegnungen mit Lech Kaczynski und Donald Tusk lediglich nachrichtlich erwähnt. Insgesamt eine wohlwollende, positive Kommentierung, die die Aufwertung Polens als Partner („der zweite große Nachbar“) in den Vordergrund stellte.

Am Samstag 3.12. fand der Besuch allgemein breite Beachtung in der Presse. Die liberale Gazeta Wyborcza (GW) und die mehr konservative Rzeczpospolita (Rz) jeweils mit Aufmacher.

GW: „Merkel denkt an die Polen“ mit folgenden Aussagen PM Marcinkiewicz': Es habe weder anti-deutsche Ressentiments in Polen gegeben, noch werde es solche geben. (Anm. des Verfassers: Dazu gab es bei der Pressekonferenz Gelächter im Saal.) Vereinbarung zur Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe für schwierige Fragen des bilateralen Verhältnisses, insb. zur Ostseepipeline. Betont wurde die Aussage Merkels, dass es sogar möglich sei, den Polen einen Zugang zur Leitung zu ermöglichen. Außerdem wird erwähnt die Äußerung Merkels, Deutschland werde zum EU-Budget Polen konsultieren.

Betont wurde, dass der Besuch Merkels in Warschau der 3. Auslandsbesuch nach Paris und Brüssel ist. Zuerst wollte Merkel mit Frankreich und Polen anfangen, aber hat ihre Pläne geändert. „Deutsche Analytiker sagen, dass sie die polnische Haltung gegenüber der neuen deutschen Regierung kennenlernen wollte. Im Wahlkampf wurde PiS als antideutsch, radikal und euroskeptisch in Deutschland wahrgenommen. Dieses Bild ändert sich. PM Marcinkiewicz zeigt ein pragmatisches und europafreundliches Gesicht - berichtet Nils Kreimeier von der Financial Times Deutschland.

Weiteres Zitat von **Markus Meckel**: „Merkel will die Beziehungen zu Polen verbessern. Das wird ihr gelingen, wenn die Polen sich nicht nur an die Vergangenheit halten. Die Deutschen wollen mit Polen zusammenarbeiten und nicht über Vergangenheit diskutieren.“

Welche Gebiete der Zusammenarbeit gibt es – fragt GW? Meckel weist auf die Ukraine hin. Zum Schluss der Berichterstattung in GW wird der Titel der FAZ und der WELT zitiert: **„Neues Kapitel in den polnisch-deutschen Beziehungen“**.

Kommentar **„Endet die Feindschaft mit den Deutschen?“** auf Seite 2 GW (Danuta Zagrodzka): „Das alles gibt eine gute Atmosphäre nach den beiden letzten kühlen Jahren und darum geht es im Moment. Konkretes wurde nicht erwartet. (...) Wichtig aber werden die Taten werden. Man sieht schon klar, dass Merkel sich von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit viel verspricht. Beide haben unterstrichen, dass die Zukunft nur auf Wahrheit zu bauen ist. Der erste Schritt wurde gestern getan. Vom guten Willen beider Seiten wird der Rest abhängen“.

Rzeczpospolita: „Angela Merkel beim großen Nachbarn“ (Seite 1; Fortsetzung auf Seite 4 unter der Überschrift **„Schwierige Themen beim kurzen Besuch“**) stellt nachrichtlich ohne Kommentar ebenfalls Gespräche mit PM Marcinkiewicz zum EU-Budget heraus, hierzu außerdem die Aussage, Berlin werde bei den EU-Budgetverhandlungen nicht nur seine eigenen Interessen, sondern auch die seiner Nachbarn vertreten. Beachtung finden auch die Äußerungen der Kanzlerin, die Ostseepipeline sei eine „offene Angelegenheit für alle Interessierten“, sowie ihre Aussage, Polen sei „der zweite große Nachbar“ Deutschlands. Rz gibt zudem Marcinkiewicz wieder, wonach zwei neue Regierungen ein **neues Kapitel in den deutsch-**

polnischen Beziehungen aufschlagen würden. Ohne **Aufrichtigkeit im Umgang mit der Vergangenheit** könne man aber nicht über die Gegenwart sprechen. Zum Umstand, dass Bundesaußenminister Steinmeier vor seiner Moskau-Reise die Kanzlerin nach Warschau begleitet habe (was beweise, dass die deutschen Politiker auf ihrem Weg nach Russland in Polen zwischenlanden werden), zitiert Rz den jungen Politologen Piotr Buras vom Willi Brandt-Zentrum an der Universität Breslau: „Das ist ein gutes Signal, dass Deutschland das Problem versteht, das Polen und die anderen neuen EU-Staaten mit der Mannschaft Gerhard Schröders hatten. Dennoch bin ich skeptisch. In den drei für uns wichtigsten Themen, Beziehungen zu Russland, EU und transatlantische Beziehungen, hat die neue Regierung kaum Spielraum.“

PiS-Sprecher **Adam Bielan**, Mitglied des Europaparlaments, kommentiert kritisch das Engagement Angela Merkels während des polnischen Wahlkampfes (Unterstützung von PO, Treffen mit Tusk), glaubt aber nicht, dass dies ein Hindernis für die weitere Zusammenarbeit der neuen Regierungen darstellt. Sieht Ähnlichkeiten zwischen dem PiS- und dem CDU-Programm (Beziehung zu Russland und transatlantische Beziehungen). Es gebe natürlich auch Unterschiede, wie z.B. ZgV. Zum Angebot eines Abzweiges von der Gasleitung nach Polen wird Bielan mit den Worten zitiert: „Das ist besser als bisher, aber die Pipeline wird Polen weiter umgehen.“ **Marek Cichocki**, konservativer Politologe am Europakolleg Natolin, verwirft in Rz den Vorschlag der Einbeziehung Polens in den Bau der Ostseepipeline: „Es geht nicht um die energetische Sicherheit Polens, sondern um die Sicherheit des Staates überhaupt. Das Projekt ist unabhängig von den Details der Realisierung schlecht für Polen. Dieser Vorschlag ist für uns nur symbolisch. Mit dem Abzweig auch nach Polen können wir politisch trotzdem verlieren, ohne ökonomisch viel zu gewinnen.“ Cichocki, der gute Verbindungen zu Politikern der PiS hat, hatte am 23. November auf einer Veranstaltung der KAS zum Thema „Deutschland und Polen nach den Wahlen“ von einer Überschätzung der Rolle Deutschlands in Polen gesprochen (Rz vom 25. November).

Die linke **Trybuna** fragt nach den konkreten Ergebnissen der Merkel-Reise. Keines der wichtigen Themen im deutsch-polnischen Verhältnis sei vor dem ersten Besuch von Außenminister Steinmeier in Moskau vorangebracht worden. Ähnlich Tendenz bei der neuen liberalen Boulevard-Zeitung des Agora-Verlages (= GW) **Nowy Dziennik** unter der Überschrift „**Frau Merkel, wo ist das Konkrete?**: Polen will keine warmen Worte mehr hören, sondern konkrete Zusagen.“

Auch die auflagenstärkste Zeitung, das Springer-Blatt **Fakt**: „**Merkel schaute bei uns vorbei**“, betont **symbolischen Charakter** des Besuchs ohne konkrete Ergebnisse. „Es gab viel Lächeln, Händeschütteln und freundliche Gesten. Nichts Konkretes. Die Visite hatte symbolischen Charakter, zeugt davon, dass Polen ein wichtiger Partner für die neue deutsche Regierungschefin ist“ - schreibt Fakt.